

Initiativ-Antrag an den Landesrat

Antragssteller*innen: Sahra Wagenknecht, Matthias W. Birkwald, Sevim Dagdelen, Andrej Hunko, Kathrin Vogler, Christian Leye, Ulrike Eifler, Alexander Neu, Britta Pietsch, Friedrich Straetmanns, Ezgi Güyildar, Shoan Vaisi, Martina Schu

Wir brauchen Dich - IN NRW!

Diese Bundestagswahl wird nicht zuletzt in Nordrhein-Westfalen entschieden. Hier wohnt ein Fünftel aller Wahlberechtigten. Für die CDU versucht Ministerpräsident Armin Laschet den Sprung ins Kanzleramt. Wofür er steht, hat er in NRW schon gezeigt: unsoziale Politik gegen die Interessen der Beschäftigten, gegen den sozialen Zusammenhalt, gegen Klima und Natur. Dafür war er aber immer dem großen Geld dienstbar: den Energieriesen, die weiter den Klimakiller Braunkohle abbaggern konnten, den Handelskonzernen, die ihre Beschäftigten an noch mehr Sonntagen für Umsätze für Minilöhne schufteten lassen konnten.

Nun plant Laschet – wie schon auf Landesebene – im Bund ein „Entfesselungspaket“. Wie schon in NRW ist das eine breite Attacke gegen Beschäftigtenrechte, gegen Sozial- und Umweltstandards – diesmal aber republikweit.

Die SPD, die sich der Union wieder als Koalitionspartnerin anbietet, und ihr Kanzlerkandidat Scholz haben die massive Umverteilung zugunsten der Superreichen in Deutschland und NRW mit zu verantworten. Die Grünen, die auch auf eine Koalition mit CDU und CSU setzen und ihre Kanzlerkandidatin Baerbock stehen für Konfrontations- und Aufrüstungspolitik und torpedieren die Akzeptanz von Klimaschutz, indem sie Normal- und Geringverdiener belasten, aber Konzerne und Profiteure der Krise schonen wollen.

Es ist an uns, diesem marktradikalen Generalangriff entgegenzutreten. Es ist an uns als LINKE, dafür zu sorgen, dass es in Berlin kein Weiter-so geben wird. Und es ist an uns dafür zu sorgen, dass die Regierung Laschet 2022 in Düsseldorf enden wird. Es ist an uns, solidarisch und gemeinsam für ein soziales und klimagerechtes NRW und neue Mehrheiten im Bund zu streiten, wie es unserem Wahlprogramm entspricht. Und das bedeutet:

1. Kein Niedriglohn! Wir setzen den gesetzlichen Mindestlohn auf 13 Euro – darunter droht Armut. Die Löhne müssen steigen. Leiharbeit, Minijobs und Befristungen ohne sachlichen Grund drücken die Löhne. Gute Arbeitsverträge mit dem Schutz durch Tarifverträge für alle!

IN NRW gilt dies ganz besonders. 1,7 Millionen Beschäftigte arbeiten hierzulande zu Armutslöhnen. Mit dieser Bilanz bewirbt sich Ministerpräsident Armin Laschet jetzt für das Kanzleramt. Er hat nicht nur das Tarifreuegesetz ausgehöhlt. Er hat auch mehrfach versucht, die Arbeitszeit zu flexibilisieren. Außerdem fordert er eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten und die Rente erst ab 70. Unsere Erfahrung zeigt: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden sich mit ihm als Kanzler schwarz ärgern.

2. Pflegenotstand stoppen! Wir legen gute Versorgung mit ausreichend Personal gesetzlich fest. Bessere Arbeitsbedingungen und 500 Euro mehr pro Monat: Das ist nur gerecht. Wer Menschen pflegt, verdient nicht weniger als diejenigen, die Geld verwalten oder mit Aktien handeln! 2.412 Euro beträgt das durchschnittliche Gehalt einer Pflegekraft. Für das Jahresgehalt eines DAX-Vorstandes müsste sie 116 Jahre lang arbeiten. Wer den Pflegenotstand beenden will, muss mehr Pflegepersonal einstellen und gut bezahlen, um alle übrigen Pflegerinnen und Pfleger zu entlasten.

IN NRW fehlen 40.000 Pflegekräfte in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen, das unsägliche DRG-System verschärft die Lage auch bei uns im Bundesland. Das gefährdet die flächendeckende medizinische Versorgung ebenso wie die aktuelle Krankenhausreform der Landesregierung. Sie sieht eine Konzentration und Spezialisierung der 348 Krankenhäuser in NRW vor. Vom Personalaufbau und einer besseren Ausstattung fehlt jedoch jede Spur. Und jüngste Krankenhausschließungen in Essen und Bochum zeigen, wohin die Reise gehen soll: Hin zu schlechterer Versorgung der Mehrheit der Bevölkerung.

3. Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin – gleich gute Versorgung für alle Menschen ohne Zuzahlungen und Eigenanteile! Die Beiträge steigen nicht, weil alle, auch die Topverdienerinnen und Topverdiener, in eine Kasse einzahlen: In die LINKE solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung.

IN NRW leben rund 5.700 Einkommensmillionäre und -millionärinnen. Vor allem sie müssen stärker gemäß ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit steuerlich belastet werden. DIE LINKE will im Interesse aller Menschen die flächendeckende medizinische Versorgung ausbauen und dafür diejenigen stärker in die Verantwortung nehmen, die sich die vielen Zusatzbeiträge und die Chefarztbehandlung problemlos leisten können.

4. Wohnen bezahlbar machen! Immer größere Teile des Einkommens werden von der Miete aufgefressen. Wir streiten für einen Mietenstopp und feste Obergrenzen für die Mieten! Jedes Jahr schaffen wir 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen

IN NRW gibt es den Mietenwahnsinn nicht nur in den Wohnungsnot-Metropolen wie Köln und Düsseldorf, sondern landesweit. Um dies zu beenden, wollen wir Nordrhein-Westfalens Miethaien wie Vonovia und der von der NRW-Landesregierung privatisierten LEG die Zähne ziehen: Durch die Rückführung von Wohnungen in öffentliches Eigentum, Maßnahmen gegen Abrechnungstricks bei Modernisierungen und Nebenkosten und mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit.

5. Große Vermögen müssen endlich gerecht besteuert werden. Dann ist genug Geld da für kleinere Schulklassen und gute Ausstattung, für mehr Personal und bessere Bezahlung in Erziehung, Pflege und im öffentlichen Nahverkehr. Mittlere und kleine Einkommen entlasten wir, indem wir alle Einkommen bis 14.400 Euro steuerfrei machen.

IN NRW leben vier der 2020 in den Top 10 der reichsten Deutschen platzierten Familien (Heister/Albrecht, Henkel, Albrecht und Brenninkmeyer). Allein ihr Vermögen ist mit 82,4 Milliarden Euro fast so groß wie der gesamte Landeshaushalt. 17 der insgesamt etwa 120 Menschen und Familien mit einem Milliardenvermögen in Deutschland stammen aus NRW, im Jahr 2017 – neuere Zahlen liegen noch nicht vor – stieg die Zahl der Einkommensmillionäre und -millionärinnen in NRW um 7,5 Prozent auf 5673. Diesen wenigen Superreichen stehen fast zwei Millionen Menschen gegenüber, die Ende 2019 auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen waren.

6. Klimagerecht für alle. Wir machen den öffentlichen Nahverkehr für alle Fahrgäste kostenfrei und bauen ihn aus. Das ist gut fürs Klima und gut für die Menschen!

IN NRW gehören Busse und Bahnen zu den kostspieligsten der gesamten Republik. Zwei der drei teuersten Monatskarten bundesweit werden in unserem Land verkauft. Gleichzeitig fehlt es in großen Teilen des

Landes seit Jahren an flächendeckenden und vor allem zuverlässigen Angeboten. Private Bahngesellschaften lieferten vielfach nicht die geforderten und bezahlten Verbindungen, weil sie zu wenige Personal einstellten. Damit muss Schluss sein. NRW braucht flächendeckenden öffentlichen Verkehr in der öffentlichen Hand. Dies ist für uns ein wichtiger Schritt in Richtung des Klimaziels in unserem Programm, die Dekarbonisierung der Wirtschaft sozial und gerecht zu gestalten.

7. Niemand fällt unter 1.200 Euro im Monat! In Rente, Kurzarbeitergeld oder Grundsicherung: Wer weniger als 1.200 Euro hat, ist von Armut bedroht. Die Renten müssen steigen. Das geht, wenn die Beiträge moderat steigen und alle Menschen mit Erwerbseinkommen – auch Selbständige, Freiberufliche, Beamte und Abgeordnete – in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen.

IN NRW waren Ende 2020 fast 300.000 Menschen auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen, weil die Rente nicht zum Leben reichte. Nicht nur in unserem Bundesland brauchen die Menschen wieder eine Rente, die zuverlässig vor Altersarmut schützt und die im Alter den Lebensstandard sichert - auch für Beschäftigte mit mittleren Einkommen. Das ist in unserem Land keineswegs selbstverständlich.

8. Frieden und eine demokratische Gesellschaft. Wir wollen Waffenexporte verbieten, denn jede Waffe findet ihren Krieg. Wir streiten für eine Gesellschaft, die frei ist von Ausgrenzung und Ausbeutung. Mit gleichen Rechten für alle, die hier leben. Mit einem starken Sozialstaat und guten sozialen Dienstleistungen für alle. DIE LINKE ist unabhängig. Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen und wollen Lobbyismus in der Politik verbieten. Unsere Lobby sind die Menschen, die für soziale Gerechtigkeit streiten. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden kämpfen wir für eine andere Politik, für einen Regierungswechsel: Wir verändern das Land. Soziale Gerechtigkeit gibt es nur mit einer starken LINKEN. Jetzt!

IN NRW sitzt Deutschlands größte Waffenschmiede: Rheinmetall macht aus unserer Landeshauptstadt Düsseldorf heraus weltweit Geschäfte mit dem Tod und 3,2 Milliarden Euro Jahresumsatz. Auch deswegen sagen wir klar: In der internationalen Politik müssen Kooperation und Diplomatie wieder an die Stelle von Konfrontation und militärischer Eskalation treten. Das ist nicht nur Voraussetzung für eine Welt ohne Kriege, sondern auch, um gemeinsam die großen globalen Herausforderungen unserer Zeit zu lösen wie die Klimakrise und die enorme soziale Ungleichheit.

IN NRW gibt es ein Problem mit Faschismus. Weit über 3000 rechte Straftaten gab es jüngst wieder jährlich. Selbst in der NRW-Polizei flogen rechtsradikale Chat-Netzwerke mit hunderten Verdächtigen auf.

Das alles zeigt:

IN NRW wird DIE LINKE als konsequente Kraft für den Frieden und gegen Rechtsradikale aller Art gebraucht. Sie wird als Verteidigerin sozialer Standards und Beschäftigtenrechten sowie als Streiterin für einen sozialen Klimaschutz gebraucht.

Und damit das gelingt brauchen wir Dich - IN NRW!